

Ausländerpolitik : eine kampflos erlittene Niederlage

Autor(en): **Zuppinger, Urs**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1987)**

Heft 2: **50 Jahre Arbeitsfrieden**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ausländerpolitik: Eine kampflos erlittene

NIEDERLAGE



Urs Zuppinger ist seit Jahren in anti-fremdenfeindlichen Bewegungen aktiv. Früher Mitglied der GBH, heute Sekretär des VPOD VD.

Der Kapitalismus kommt ohne Arbeitslosigkeit nicht aus. Er braucht eine «Arbeitskräftereserve» zum Ausgleich seiner ungleichmässigen und schwankenden Wirtschaftsentwicklung. Ohne Arbeitslosigkeit können die ArbeitnehmerInnen auch nicht zum Gehorsam gezwungen werden. Schliesslich spielt die Arbeitslosigkeit eine grosse Rolle, in dem sie einen Teil der Arbeiterschaft zwingt, schlechtere Arbeitsbedingungen anzunehmen. Dieses bekannte Erklärungsschema passt auf viele Länder gut, hingegen in keiner Weise auf die Schweiz.

«Sonderfall Schweiz»

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Arbeitslosigkeit bei uns während fast drei Jahrzehnten sozusagen unbekannt und auch heute ist sie noch erstaunlich klein. Die Unternehmer wurden jedoch mit den Wirtschaftskrisen der siebziger und achtziger Jahren leichter fertig als ihre Kollegen aus anderen Ländern. Ihre soziale Vorherrschaft ist kaum irgendwo so wenig umstritten wie bei uns.

Besser als Kaffee-Ersatz

Die Erklärung dieser schwei-

zerischen Sonderstellung ist bekannt: Die geschichtlich bedingte Vorzugsstellung des schweizerischen Kapitalismus hatte zur Folge, dass die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg nicht unter Arbeitskräfteüberschuss sondern unter Arbeitskräftemangel litt und daher massiv ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen anzog. Dank einem komplexen Gefüge von Rechtseinschränkungen hat das schweizerische Bürgertum seither die ausländischen Arbeitskräfte in einen perfekten «Arbeitslosen-Ersatz» verwandelt.

Dabei hat es sich erwiesen, dass der «Ersatz» in vielen Belangen das «Original» bei weitem übertrifft:

- Wer nur ein bedingtes Aufenthaltsrecht hat, kann völlig legal heimgeschickt werden, wenn ihn die nationale Wirtschaft nicht mehr benötigt. Mit diesem perfiden Trick hat es die Schweiz fertig gebracht, während der schweren Krise der siebziger Jahre die Arbeitslosigkeit in einen neuen Exportartikel zu verwandeln und damit die wirtschaftlichen und politischen Kosten auf die Ursprungsländer abzuwälzen.

- Die rechtliche Ungleichheit zwischen ausländischen und schweizerischen ArbeitnehmerInnen lähmt die Widerstandskraft der Arbeiterschaft gegenüber den Anforderungen der Unternehmer. Die schweizerischen ArbeitnehmerInnen hoffen, dass sie auf Kosten der AusländerInnen verschont würden. Die ausländischen ArbeitnehmerInnen fühlen sich wehrlos in der Minderheit.

- Die verschiedenen Statute (Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung einerseits, – GrenzgängerInnen, SaisonarbeiterInnen, KurzaufenthalterInnen und SchwarzarbeiterInnen andererseits) haben es dem Bürgertum erlaubt, den Arbeitsmarkt in

verschiedenen unterschiedlichen Wirtschaftszweigen angepasste Zonen aufzuteilen. Über die Bewilligungspraxis kann der Staat in sehr einfacher Weise das Arbeitskräftepotential manipulieren. Offiziell ist die Schweiz ein Paradies der «freien Marktwirtschaft». Ohne viel Lärm darum zu machen, verfügt das schweizerische Bürgertum jedoch mit dem Ausländergesetz über perfektes Mittel der staatlichen Wirtschaftsplanung.

Ein wenig Geschichte ...

In den fünfziger und sechziger Jahren nutzte der schweizerische Kapitalismus die bestehenden Profitmöglichkeiten durch eine arbeitskräfteintensive Wirtschaftspolitik. Um den Arbeitskräftedurst der Unternehmerschaft zu löschen, wurden die staatlich regulierten Immigrations-schleusen offen gehalten.

Im Laufe der sechziger Jahre kam das schweizerische Bürgertum zum Schluss, dass die zunehmende internationale Konkurrenz in den Exportbranchen ein rasches Umschwenken auf eine kapitalintensive, Arbeitskräfte sparende Wirtschaftspolitik, erfordere. Anfangs der siebziger Jahre wurde daher eine radikale Kontingentierung der Aufenthaltsbewilligungen vollzogen. Um einzelne Wirtschaftszweige (Bau, Tourismus, Landwirtschaft, Kleinindustrie) durch dieses Schwenkmanöver nicht in Schwierigkeiten zu bringen, wurde jedoch gleichzeitig die Zulassung der GrenzgängerInnen, der SaisonarbeiterInnen und der KurzaufenthalterInnen weiterhin «liberal» gehandhabt. Durch verschärfte Polizeikontrollen und Erschwerung der Übergangsbedingungen vom Saison- zum Aufenthaltsstatut wurde zudem eine klare Trennung des kontingentierten und unkongingentierten Teils der aus-

Alle Arbeiter sind Fremdarbeiter



Foto: Bildarchiv & Dokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung

ländischen Arbeitskräfte hergestellt.

Dank dem Arbeitsfrieden konnte das schweizerische Bürgertum diese klassenspalterische Ausländerpolitik vorantreiben, ohne je auf einen nennenswerten Widerstand zu stossen. *Unsere Arbeitnehmerorganisationen* liessen sich davon einfangen und haben sich darin nach kurzer Zeit fast hoffnungslos verstrickt.

An der Spaltung mitbeteiligt

Da im Arbeitsfrieden die Arbeitsbedingungen nur durch geschickte Ausnutzung der vorgegebenen Spannungen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden können, betrachteten die Verantwortlichen der schweizerischen Arbeiterbewegung die eintreffenden ausländischen ArbeiterInnen von Anfang an als reine Spielverderber. Anstatt sie als ArbeitskollegInnen zu empfangen wurden die ausländischen ArbeiterInnen als Konkurrenten behandelt.

Die VerteidigerInnen der Arbeitsfriedenspolitik hatten zudem Angst, unter dem Druck der ausländischen ArbeitnehmerInnen in ihren eigenen Reihen politischen Einfluss zu verlieren.

Die Gewerkschaften traten daher lange Zeit als einseitige Interessenvertreter der schweizerischen ArbeitnehmerInnen auf. In Sachen Ausländerpolitik beschränkte sich ihre zentrale Forderung auf die konsequente polizeiliche Kontingentierung der Neuankömmlinge. Die damit verbundenen Einschränkungen der Menschenrechte wurden mehr oder weniger stillschweigend gebilligt. Bis in die Mitte der siebziger Jahre sagte die Arbeiterbewegung zur offiziellen Ausländerpolitik grundsätzlich ja und forderte bloss mehr Konsequenz und eine raschere Durchführung.

Noch bedenklicher stimmt die nationalistische Komponente der gewerkschaftlichen Ausländerpolitik. Aus ideologischen Gründen hat das schweizerische Bürgertum seit langem die wirtschaftliche Zielsetzung seiner Ausländerpolitik mit einem nationalistischen Mäntelchen umhüllt. (Es soll nie vergessen werden, dass der Begriff der «Überfremdung» aus dem immer noch gültigen Ausländergesetz von 1931 stammt.)

Auch hier ist die Arbeiterbewegung dem Bürgertum voll auf den Leim gegangen: Als erste hat sie seit 1956 vor einer «drohenden Überfremdung» gewarnt. Als dann James Schwarzenbach, Valentin Oehen und die Nationale Aktion fremdenfeindliche Volksinitiativen zu lancieren begannen, versuchte die Arbeiterbewegung sich gegen diesen rechtsextremen Ansturm zu wehren. Es gelang ihr jedoch nicht eine einleuchtende politische Alternative zu entwickeln. Auch auf dieser Ebene brachte die Arbeitsfriedenspolitik in der Ausländerfrage nicht viel mehr als einen bedeutenden Einflussverlust!

Dennoch nicht hoffnungslos

Um 1975 hat die Arbeiterbewegung endlich erkannt, dass sie mit ihrer Haltung in eine Sackgasse geraten war. Seither sucht sie nach Auswegen. Eine Öffnung gegenüber den ausländischen ArbeitnehmerInnen wurde notwendig, um die gewerkschaftlichen Mitgliederbestände zu wahren. In vielen Gewerkschaften spielen AusländerInnen heute eine reelle Rolle. Die Frage der sozialen und politischen Gleichberechtigung hat endlich ein gewisses Gewicht erhalten. Eine Mehrheit von Gewerkschaften haben 1980/81 die Mitenandinitiative und in diesem Jahr das Referendum gegen die zweite Revision des Asylgesetzes unterstützt.

Auch hier ist die Arbeiterbewegung dem Bürgertum auf den Leim gegangen



Foto: Bildarchiv & Dokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Die Kontingentierungsforderung, und mit ihr eine völlig positive Wertung der polizeilichen Kontrolle der ausländischen Arbeiterschaft, bleiben jedoch das zentrale Anliegen der Gewerkschaftsführungen.

Die Schwierigkeiten einer effektiven und tiefgreifenden Kursänderung in der Ausländerfrage dürfen nicht unterschätzt werden. Die Ungleichheit von SchweizerInnen und AusländerInnen wurde von der Arbeitnehmerschaft dieses Landes zu tiefst integriert. Die im Ausländergesetz verankerte Klassenspaltung stellt heute eines der grössten Hindernisse für die Wiederbelebung der Arbeiterbewegung dar. Bekanntlich sind keine Niederlagen schwerer zu überwinden als diejenigen, die kampflös eingesteckt worden sind. Es gibt jedoch nur eine Lösung für dieses Problem: *Entscheidend ist auch in der Ausländerfrage, dass es endlich gelingt, den Wert der Arbeitersolidarität, ohne Rücksicht auf die Herkunftsländer, vor einer breiten Arbeitnehmerbasis durch erfolgreiche Gewerkschaftskämpfe unter Beweis zu stellen.* Die Tatsache, dass in den letzten Monaten, trotz einer wirtschaftlich relativ guten Lage, Bauarbeiter, Eisenbahnler, Postangestellte und Spitalangestellte zur aktiven Verteidigung ihrer Interessen schritten, gibt zu neuen Hoffnungen Anlass.

Für die Entwicklung einer neuen, progressiven Ausländerpolitik der Arbeiterbewegung ist es ausschlaggebend, auf diesem Weg in raschen, grossen Schritten weiterzukommen. In ein paar Jahren kommt die nächste, noch perfidere Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion zur Abstimmung. Es muss vermieden werden, dass bei dieser Gelegenheit alles wieder bachab geht!